

# Allgemeine Zeitung

MAINZ · RHEINHESSEN

## Nur bedingt aussagekräftig

Das Gesundheitsamt plant eine Teilung des Inzidenz-Wertes. ► SEITE 9

## Schwertransporter brennt

Zur Bergung auf der A 61 braucht es das „ganz große Besteck“. ► SEITE 15

## Neu im Kino

„Stillwater“ mit Matt Damon. ► KULTUR



1 G 1112 A | Nr. 209 | 171. Jahrgang

www.allgemeine-zeitung.de

Donnerstag, 9. September 2021 Preis: 2,40 Euro

### WETTER

Teils Sonne, teils Wolken  
**27°**  
**16°**  
Südwestwind  
► FERNSEHEN / WETTER

### HEUTE

„Armin Laschet hätte sich viel früher und intensiver um die Gunst der Wähler als um die Gunst der Parteimitglieder kümmern müssen.“  
Wahlforscher Matthias Jung  
► KOMMENTAR / MEINUNG & ANALYSE

### Klares 4:0: DFB-Elf überzeugt in Island

Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft hat auch ihr drittes Spiel unter Bundestrainer Hansi Flick gewonnen und die Tabellenführung in der WM-Quali gefestigt. Die Auswahl siegte gegen Island 4:0 durch Tore von Serge Gnabry (4.), Antonio Rüdiger (24.), Leroy Sané (57.) und Timo Werner (89.).  
► SPORT

### Zverev kommt dem großen Triumph näher

Tennis-Olympiasieger Alexander Zverev hat das Halbfinale der US Open erreicht. Der Hamburger bezwang Lloyd Harris 7:6, 6:3, 6:4. Nach gut zwei Stunden verwandelte der Favorit den ersten Matchball. Im Halbfinale trifft er auf Novak Djokovic aus Serbien oder Matteo Berrettini aus Italien.  
► SPORT

### Rückkehrer in Syrien gefoltert und getötet

Syriens Geheimdienste haben zurückgekehrte Flüchtlinge nach Erkenntnissen der Menschenrechtsorganisation Amnesty International inhaftiert, gefoltert und verschwinden lassen. 66 Fälle von „schwersten Menschenrechtsverletzungen“ sind dokumentiert, darunter waren auch 13 Kinder.  
► POLITIK

### KONTAKT

Zustellung / Abonnement: 061 31 / 48 49 50  
Fax: 061 31 / 48 49 34  
www.vrm-abo.de/aboservice  
Privatanzeigen: 061 31 / 48 48  
Online: www.vrm-anna.de  
Redaktion: 061 31 / 48 58 55  
Fax: 061 31 / 48 58 48  
E-Mail: az@vrm.de

www.facebook.com/allgemeinezeitung  
www.twitter.com/aznachrichten

Probeabo: 061 31 / 48 49 50



Wir sind **VRM**

## Mehr Gäste auf zwei Rädern

Bis spätestens 2024 will sich Rheinhessen zu einer touristischen Fahrradregion entwickeln. Geplant ist ein Netz aus 13 Routen in der Region plus dem Rheinradweg. Kostenpunkt für das ambitionierte Vorhaben: rund 9 Millionen Euro.  
► RHEINHESSEN

Archivfoto: pa/Axel Schmitz



## Prozess um Terrornacht von Paris

Gericht verhandelt über die Anschlagsserie von 2015 mit 130 Toten / Attentäter bekennt sich zum IS

PARIS (dpa). Unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen hat in Paris der Prozess um die islamistischen Terroranschläge vor knapp sechs Jahren mit 130 Toten und 350 Verletzten begonnen. Angeklagt sind 20 Verdächtige, unter ihnen der bereits in Belgien verurteilte Salah Abdeslam, der als einer der Haupttäter und einziger Überlebender des Terrorkommandos gilt. Als Salah Abdeslam bei Prozessbeginn im Pariser Justizpalast zu seinen Personalien Auskunft geben soll, bekennt er sich als Erstes zur Terrormiliz Islamischer Staat (IS). Er sei ein Kämpfer des IS, dies sei sein Beruf. Allerdings scheint Abdeslam nicht weiter mit dem Gericht kooperieren zu wollen, er verweigert selbst eine einfache

Auskunft über seine Eltern. 13 weitere Angeklagte sollen mutmaßliche Unterstützer gewesen sein. Sie sollen Papiere besorgt, Abdeslam außer Landes gefahren oder in zwei Fällen verhinderte Attentäter sein. Gegen sechs andere Angeklagte wird der Prozess in Abwesenheit geführt. Bei fünf von ihnen geht man davon aus, dass sie inzwischen in Syrien ums Leben gekommen sind. Einer ist wegen Terrorvorwürfen in der Türkei inhaftiert.

Für den Prozessauftritt waren in Paris fast 1000 Polizisten mobilisiert. Bewaffnete Spezialkräfte sicherten den weiträumig abgesperrten Justizpalast, in dem ein speziell zusammengestelltes Schwurgericht in einem eigens eingerichteten Saal ver-

### ERMITTLUNGEN

► Laut Staatsanwaltschaft gibt es **1765 Nebenkläger**. Zum Prozessauftritt sind zwei Tage alleine dafür reserviert, jeden namentlich aufzurufen. Am dritten Tag will das Gericht detaillierter auf die Vorwürfe eingehen, die sich auf **500 Aktenordner** mit Ermittlungsergebnissen stützen.

handelt. Dieser bietet 550 Sitzplätze, Bildschirme stellen die Übertragung der Verhandlung in alle Bereiche des Saals sicher. Für Angehörige und Betroffene steht während des gesamten Prozesses eine psychologische Betreuung parat. Bei der Anschlagsserie am 13. November 2015 hatten Extremis-

ten im Konzertsaal „Bataclan“ sowie in Bars und Restaurants 130 Menschen erschossen und 350 weitere verletzt. Am selben Abend sprengten sich außerdem drei Selbstmordattentäter während eines Fußball-Länderspiels zwischen Deutschland und Frankreich am Stade de France in die Luft. Der IS reklamierte die Anschläge für sich.

Ex-Präsident Hollande soll als Zeuge gehört werden

Den meisten Angeklagten drohen in dem bis Mai 2022 angesetzten Verfahren 20 oder mehr Jahre Haft. Abdeslam wurde wegen Schüssen auf die Polizei kurz vor seiner Festnahme bereits in Belgien zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Der

Prozess ist in Frankreich seit Tagen eines der wichtigsten Gesprächsthemen. Nicht zuletzt angesichts des enormen Leids, das die Betroffenen erfahren haben, sprach auch der Vorsitzende Richter Jean-Louis Périès zu Beginn von einem historischen Prozess.

Hunderte Zeugen sollen angehört werden, neben Ermittlern aus Frankreich und Belgien auch der damalige französische Präsident François Hollande. Einen angesichts des dramatischen Ausmaßes der Terrornacht gebührenden Raum erhalten die Opfer und ihre Angehörigen: Über fünf Wochen hinweg sollen rund 300 von ihnen das Erlebte schildern. Das Verfahren ist bislang bis Mai 2022 angesetzt.

## Keine Anerkennung der Taliban-Regierung

USA und EU kritisieren Zusammensetzung des Kabinetts in Afghanistan / US-Außenminister in Ramstein

RAMSTEIN (dpa). Deutschland und die USA haben eine baldige Anerkennung der von den militant-islamistischen Taliban verkündeten Übergangsregierung in Afghanistan ausgeschlossen. Die von den Taliban angestrebte internationale Legitimität müssten die Islamisten sich durch ihr Handeln verdienen, sagte US-Außenminister Antony Blinken, der sich am Mittwoch auf der US-Luftwaffenbasis im rheinland-pfälzischen Ramstein mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas (SPD) traf. Maas sagte zu einer möglichen Anerkennung: „Um die wird es nicht gehen, die sehe ich auch nicht im Moment.“ Allerdings sprach er sich dafür aus, die Gespräche mit den Taliban fortzusetzen. Die Taliban hatten 33 Regierungsmitglieder vorgestellt, darunter keine Frau, niemand aus einer anderen politischen Gruppierung und niemand et-

wa aus Minderheit der Hasara. Westliche Staaten hatten eine sogenannte inklusive Regierung gefordert, der nicht nur Taliban angehören.

Blinken bemängelte, auf der Kabinettsliste stünden „ausschließlich Personen, die Mitglieder der Taliban oder ihrer enger Verbündeter sind und keine Frauen.“ Zudem gäben Verbindungen und Vergangenheit einiger Regierungsmitglieder Anlass zur Sorge. So wurde etwa Taliban-Vizechef Siradschuddin Hakkani, Chef des berüchtigten Hakkani-Netzwerks, zum künftigen Innenminister ernannt. Das Hakkani-Netzwerk wird für einige der grausamsten Anschläge in Afghanistan in den vergangenen Jahren verantwortlich gemacht. Hakkani steht als „globaler Terrorist“ auf der Fahndungsliste der USA. Die US-Bundespolizei FBI hat ein Kopfgeld von bis zu 10 Millio-

nen Dollar (knapp 8,5 Millionen Euro) für Hinweise ausgeteilt, die zu seiner Festnahme führen.

Auch die EU hat sich enttäuscht über das in Afghanistan von den Taliban eingesetzte Übergangskabinett geäußert. Nach einer ersten Analyse erscheine es in Hinblick auf die reiche ethnische und religiöse Vielfalt des Landes nicht so inklusiv und repräsentativ wie erhofft, sagte ein Sprecher des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell. Zudem hätten die Taliban andere Ankündigungen gemacht. Der Sprecher wies darauf hin, dass die Bildung einer inklusiven und repräsentativen Übergangsregierung für die EU eine der fünf EU-Bedingungen für eine beschränkte Zusammenarbeit mit den militant-islamistischen Taliban ist. Für die EU ist das Vorgehen der neuen Machthaber unter anderem deswegen

ein Rückschlag, weil sie eigentlich so schnell wie möglich wieder Entwicklungshilfeforderungen ermöglichen will. Da-

mit sollen eine humanitäre Katastrophe und Fluchtbewegungen in Richtung Europa verhindert werden.

## RKI-Chef Wieler warnt vor vierter Welle

BERLIN (dpa). Ohne deutlich mehr Impfungen droht aus Sicht von Bundesregierung und Robert Koch-Institut (RKI) ein heftiger Verlauf der vierten Corona-Welle im Herbst. RKI-Chef Lothar Wieler warnte: „Wenn wir die aktuellen Impfquoten nicht drastisch steigern, dann kann die aktuelle vierte Welle im Herbst einen fulminanten Verlauf nehmen.“ Auf Intensivstationen werden laut Wieler momentan vor allem nicht geimpfte Menschen wegen Covid-19 behandelt.

Für bundesweite Lollitests an Schulen und Kitas

Die Zahl der Ungeimpften sei noch zu groß. Auf diesem Stand könne nicht sichergestellt werden, dass es nicht wieder zu einer Überlastung komme. Je mehr Menschen sich impfen ließen, desto weniger schlimm verlaufe die vierte Welle und desto früher sei die Pandemie beendet, betonte Wieler. 66 Prozent der Gesamtbevölkerung sind mindestens einmal geimpft, 61,7 Prozent haben vollen Impfschutz. Arztpräsident Klaus Reinhardt verlangte einen Neustart der Corona-Impfkampagne: „Die Impfquote ist in ganz Deutschland zu niedrig, insbesondere aber in den östlichen Bundesländern.“ Ute Teichert vom Bundesverband der Ärzteschaft des öffentlichen Gesundheitsdienstes hat einen bundesweiten Einsatz sogenannter Lollitests an Schulen und Kitas gefordert.

## Bonus für Job in Brennpunkt-Kita

BERLIN (dpa). Kita-Mitarbeiter in Berliner Brennpunktgebieten können ab sofort bis zu 300 Euro Gehaltszulage im Monat erhalten. Damit soll deren Engagement in Stadtgebieten mit hoher sozialer Benachteiligung gewürdigt werden, teilte die Senatsverwaltung mit. Im ersten Bewilligungszeitraum sollen rund 500 Einrichtungen bis Ende Januar profitieren. „Unser Ziel ist es, mehr Personal für bestimmte Brennpunktgebiete zu gewinnen und diesen Einsatz mit einem finanziellen Ausgleich zu würdigen“, sagte Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD).

## 650000 Menschen helfen bei Wahl

WIESBADEN (dpa). Bei der Bundestagswahl am 26. September werden rund 650000 Wahlhelfer im Einsatz sein. Insgesamt hätten die zuständigen Gemeinden etwa 60000 Bezirke zur Abstimmung mit Wahlurnen und etwa 25000 Briefwahlbezirke eingerichtet, teilte der Bundeswahlleiter mit. Bundesweit seien 85000 Wahlvorstände für den ordnungsgemäßen Ablauf der Bundestagswahl zuständig. Die Abstimmung per Briefwahl läuft bereits, ausgerechnet werden alle Stimmen erst nach Schließung der Wahllokale am 26. September um 18 Uhr.

– Anzeige –

**LEDERLAND**

**WIR RENOVIEREN, ALLES MUSS RAUS!**

**DAS HALBE GESCHÄFT WIRD GERÄUMT!**

**BIS ZU 50% PREISNACHLASS!**

**LEDERLAND WIESBADEN - WWW.LEDERLAND-WIESBADEN.DE**

Appellieren 29 - D-65203 Wiesbaden - Tel.: +49 (0)61 13 60 67 21 - wiesbaden@lederland.info - Montag bis Samstag von 10 bis 19 Uhr



## DAS GEPLANTE RADWEGENETZ IN RHEINHESSEN

# Der Radweg ist das Ziel

Rheinhessen will in den kommenden Jahren massiv in Fahrradtourismus und Streckennetz investieren

Von Stephen Weber

**RHEINHESSEN.** Auf dem Fahrrad durch die Weinberge rollen, vorbei an Reben und den kulturellen Reichtümern der Region. Rheinhessen auf zwei Rädern erleben. Das heißt auch: Irgendwann einmal herunter vom Sattel und Pauschen machen in einer Straußwirtschaft, Wein trinken, Weck und Wurst essen. Dann weiterradeln. Das ist die Vision.

In den kommenden Jahren soll sich Rheinhessen zu einer der Fahrradregionen in Rheinland-Pfalz entwickeln. 13 große Routen plus den Rheinradweg mit insgesamt 530 Kilometern Wegstrecke werden dafür ausgebaut und miteinander vernetzt. 150 Baumaßnahmen sind geplant. Mit Kosten von insgesamt neun Millionen Euro. Heiko Sippel, Landrat von Alzey-Worms,

bezeichnet das Projekt als „Kraftakt“. Ein Kraftakt, „an dessen Ende der Tourismus in Rheinhessen, aber auch die Einheimischen profitieren werden“, ist sich der Landrat sicher.

Federführend bei der Neujustierung der rheinhessischen Fahrradwelt ist die Organisation Rheinhessen-Touristik (RHT), die unter anderem auch für die Umsetzung der bekannten rheinhessischen Wanderrouten, den Hiwweltouren, zuständig war. Seit 2018 laufen die Arbeiten für die Neuausrichtung des Radtourismus, gemeinsam mit den Kommunen, den Verbandsgemeinden und den Kreisen Alzey-Worms und Mainz-Bingen. RHT-Geschäftsführer Christian Halbig sagt: „Das Projekt hat eine noch größere Dimension als die Hiwweltouren.“

Das neue Netzwerk aus

Radwegen soll für jede Nachfrage etwas bereit halten: Es sind Rundtouren geplant. Halbtagestouren, Ganztagestouren, aber auch Mehrtagestouren sind möglich. Der Süden Rheinhessens kann etwa über eine große Tour erforscht werden. Von Worms aus den Rhein entlang nach Guntersblum und von dort über Westhofen und Monsheim wieder zurück. Eine andere Route führt die Radfahrer einmal quer durch Rheinhessen – mitten durch das Hügelland – von Ingelheim über Nieder-Olm bis nach Alzey.

Bei den Rundtouren haben die Planer laut eigenen Aussagen darauf geachtet, dass die Startpunkte stets problemlos mit öffentlichen Verkehrsmitteln wie dem Zug erreichbar sind. Und auch, dass es ausreichend Gastronomie vor Ort gibt. Halbig führt aus:

„Das alles wurde gemeinsam mit den Kommunen vor Ort abgestimmt. Die Vorarbeiten sind nun quasi abgeschlossen, jetzt wollen wir die Infrastruktur in Ordnung bringen.“ Wie lange das dauern wird, da will sich Halbig noch nicht exakt festlegen lassen. Nur so viel: „Wir hoffen, dass wir 2023 oder 2024 die Baumaßnahmen beendet haben und als Fahrradregion richtig loslegen können.“

**Förderquoten von 65 bis 100 Prozent**

Denn klar ist: Fahrradfahren boomt. Und wird aufgrund klimapolitischer Abwägungen derzeit massiv vonseiten der Politik gefördert. Kommunen, die ihr Dorf attraktiver für Radfahrer gestalten wollen, können derzeit mit

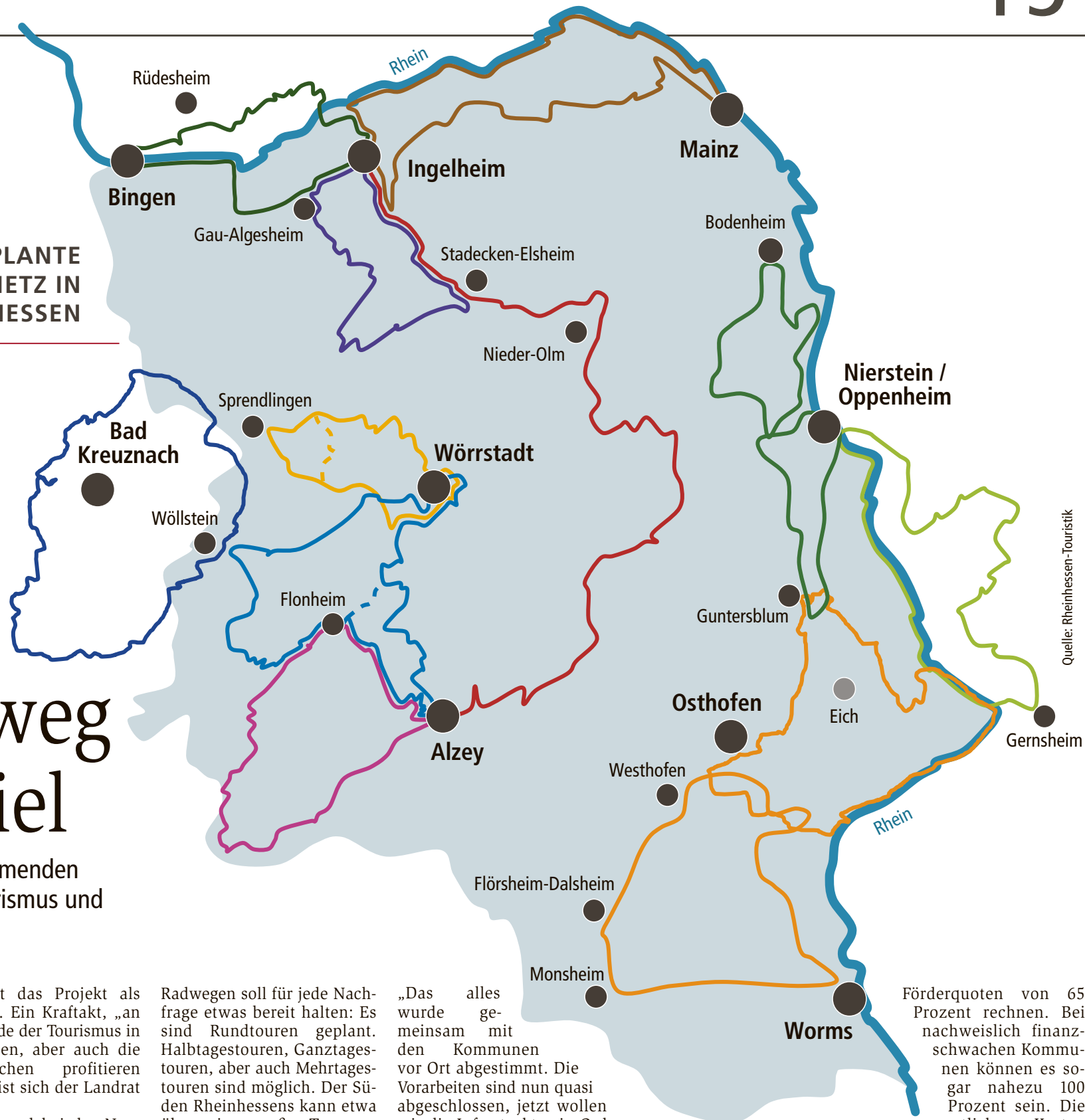


*Das Projekt hat eine noch größere Dimension als die Hiwweltouren.*

Christian Halbig,  
Geschäftsführer Rheinhessen-Touristik

Förderquoten von 65 Prozent rechnen. Bei nachweislich finanzschwachen Kommunen können es sogar nahezu 100 Prozent sein. Die restlichen Kosten

müssen die rheinhessischen Gemeinden selbst tragen, aber auch der Kreis oder Behörden wie der Landesbetrieb Mobilität (LBM) finanzieren die Neuausrichtung des Radtourismus mit. Erwin Malkmus, als Kreisbeigeordneter Mainz-Bingen zuständig für den Tourismus, sagt: „Der Ausbau der Radwege ist das wichtigste Projekt unseres Tourismuskonzeptes. Mit dem klaren Ziel, die Gästezahlen dadurch zu steigern.“ Die Besucher sollen dann durch die Weinberge Rheinhessens rollen, vorbei an Reben und den kulturellen Reichtümern der Region.



Quelle: Rheinhessen-Touristik